

DIE KOMMUNALE

Jahrgang 16, Ausgabe 3, 2019

DEMO

DAS SOZIALDEMOKRATISCHE
MAGAZIN FÜR
KOMMUNALPOLITIK

DEMO S1 2019
16 Seiten in
der Heftmitte



Regionen in Europa

Sonderheft zur Hauptversammlung
des Deutschen Städtetages in Dortmund

Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Katarina Barley über ein Europa der Zukunft



Europa ist ein einzigartiges Projekt, das unserem Kontinent seit mehr als sieben Jahrzehnten Frieden und wirtschaftlichen Zusammenhalt garantiert. Auch in meinem eigenen Leben spielt Europa eine große Rolle, denn meine ganze Familiengeschichte ist sehr europäisch geprägt: Meine Kinder haben Großeltern aus vier europäischen Ländern, ich habe zwei Staatsangehörigkeiten, spreche verschiedene Sprachen und wohne im Vierländereck. Dort, allein in dieser kleinen Region, pendeln 200.000 Menschen jeden Tag über die Grenzen. Das kennen auch die Menschen in den Grenzregionen Nordrhein-Westfalens. Viele von ihnen verbindet mit ihren niederländischen und belgischen Nachbarn der berufliche Alltag, der persönliche und kulturelle Austausch und meist eine große Neugier und Offenheit. Auch für mich bedeutet Europa Vielfalt und Zusammenhalt, Fortschritt und Freiheit. Europa ist für mich jedoch vor allem eins: Unsere Zukunft.

Ich weiß aber auch, dass dieses friedliche Europa alles andere als selbstverständlich ist. Nie war die Einheit Europas so sehr gefährdet wie jetzt. Nie waren die Bedrohungen von außen, aber auch die politischen, sozialen und kulturellen Fliehkräfte im Innern größer als heute. Bei der Europawahl geht es deshalb um eine Richtungsentscheidung und um die Frage, wie wir künftig zusammenleben wollen: Alle für sich, nach dem Motto „Ich zuerst“? Oder weltoffen, solidarisch und gemeinsam stark? Meine Antwort: Ein Europa des Zusammenhalts und ein Europa der Bürgerinnen und Bürger! Gemeinsam schaffen wir das.

Die Europäische Union wurde als Wirtschaftsunion gegründet. Das hat vielen Menschen Sicherheit und Wohlstand gebracht. Die europäische Idee muss aber auch weiterentwickelt werden. Wir müssen jetzt den nächsten Schritt gehen und für ein sozial gerechtes Europa sorgen. Die Menschen müssen spü-

ren, dass Europa für sie da ist – und eben nicht nur für Banken, Konzerne und Großunternehmen. Deshalb ist es ganz wichtig, die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken. Ein europäischer Mindestlohn, der sich an der Wirtschaftskraft des jeweiligen Landes orientiert, führt dazu, dass viele Menschen mehr verdienen – auch in Deutschland und natürlich auch hier in Nordrhein-Westfalen. In Europa muss jeder von seiner Arbeit leben können, egal, wo er zu Hause ist. Das verstehe ich unter einem sozialen Europa.

Zu meinem sozialen Europa gehört es auch, jungen Menschen die besten Chancen auf Bildung, Ausbildung und gute Jobs zu schaffen. Unser Ziel ist, dass jeder arbeitslose Jugendliche innerhalb von vier Monaten ein Angebot für einen Job, eine Ausbildung oder ein Praktikum erhält. Deshalb sorgen wir dafür, dass Europa für die Jugend mehr Geld in die Hand nimmt. Zukunft kostet Geld. Deshalb darf sich niemand durch Trickereien, Schlupflöcher oder Straftaten seiner Verantwortung entziehen. Wer Milliarden erträge erwirtschaftet, muss endlich auch angemessen besteuert werden und seinen Teil für die Gesellschaft leisten. Das gilt für alle, auch für die digitalen Großkonzerne. Wenn der kleine Buchladen auf dem Land seine Einnahmen ordentlich versteuert, dann muss das auch für weltweit operierende Konzerne wie Amazon gelten. Alles andere ist nicht fair und deshalb inakzeptabel.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserin, lieber Leser,

die Europawahl steht vor der Tür, und im Vorfeld dieser Wahl ist etwas zu beobachten, was bisher selten der Fall war: Es geht in den laufenden Debatten tatsächlich um Europa und die Zukunft der EU. Die Wahl ist nicht, wie in der Vergangenheit so oft, für die Öffentlichkeit bloß ein Test für die Stimmungslage in den Mitgliedstaaten.

Die Gründe liegen auf der Hand. Der Brexit, der Aufstieg des Rechtspopulismus, die Wirtschaftskrise im Süden Europas – es gibt enorme Herausforderungen für die Europäische Union. Und es sind, da müssen wir ehrlich sein, Herausforderungen gerade für uns und für alle, die sich ein solidarisches, progressives und starkes Europa wünschen.

Diese Entwicklungen haben viel mit verfehlten Weichenstellungen in der Vergangenheit zu tun. Aber in dieser Situation liegt, wie in jeder Krise, auch eine Chance, die wir nutzen sollten. Denn jetzt reden wir endlich über Europa und darüber, was uns Demokra-

tie auf europäischer Ebene wert ist und was sie leisten kann.

Wie wichtig die europäische Ebene ist, wissen wir Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker sehr genau. Viele unserer Bau- und Sozialprojekte werden von der EU kofinanziert, wichtige Regelungen werden in Brüssel getroffen. Und das muss auch so sein, denn unsere Aufgaben und Anliegen sind sehr ähnlich. Jedes Gespräch mit einer Bürgermeisterin in Spanien oder einem Bürgermeister in den Niederlanden zeigt: Auch dort arbeiten Kommunalpolitiker daran, sozialen Zusammenhalt zu sichern, Integration zu gestalten, das Klima zu schützen, Bildung zu ermöglichen, die Chancen der Digitalisierung zu ergreifen.

Wir arbeiten in Europa an den gleichen Themen, für die gleichen Ziele. Wir setzen uns in unseren Städten und Gemeinden dafür ein, individuelle Chancen zu schaffen und zugleich ein gutes Miteinander zu gestalten. Es liegt mit an uns deutlich zu machen, dass Europa uns dabei hilft!

Euer Frank Baranowski

Vorsitzender der SGK NRW und
Oberbürgermeister der Stadt
Gelsenkirchen



Foto: Stadt Gelsenkirchen | Carin Moritz

EUROPAWAHL AM 26. MAI

Gehen Sie zur Wahl, oder beantragen
Sie jetzt Ihre Briefwahlunterlagen!

SPD

Fortsetzung von Seite 1

Ein Europa der Bürgerinnen und Bürger

Bisher nutzen insbesondere die großen Digitalkonzerne die unterschiedlichen Steuerregeln aus, um ihre Gewinne künstlich kleinzurechnen. Das geht auf Kosten der Allgemeinheit, denn das Geld fehlt am Ende in den Städten und Gemeinden, in den Schulen, bei den Stadtwerken oder für dem Betrieb eines Schwimmbades. Das werden wir ändern!

Bis Ende 2020 wollen wir deshalb mit der OECD weltweit Regeln für eine Mindestbesteuerung digitaler Unternehmen einführen. Das wird nicht leicht, weshalb wir gleichzeitig eine europäische Lösung vorantreiben für den Fall, dass die internationale Lösung nicht zu erreichen ist. Für uns ist klar: Alle haben die gleichen Rechte, aber auch die gleichen Pflichten.

Europa heißt für mich auch: Gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Derzeit erhalten Frauen europaweit im Durchschnitt 16 Prozent weniger Lohn und 39 Prozent weniger Rente als Männer. Das ist nicht hinnehmbar, Frauen verdienen natürlich die gleiche Anerkennung wie ihre männlichen Kollegen. Ein soziales Europa bedeutet auch faire Löhne: Gleiches Geld für gleiche Arbeit am gleichen Ort. Auf dem Papier ist das zwar oft schon so, aber trotzdem gibt es in der Praxis viele Ungerechtigkeiten. Frauen haben das Recht auf die gleiche soziale Sicherheit, die gleiche Rente. Wir werden das fördern und unterstützen. Mit europaweiten, verbindlichen Zielen – und klaren Konsequenzen, wenn die Ziele nicht verfolgt werden. Außerdem setzen wir die Richtlinie für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf konsequent um. Dafür ist die partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf die Grundvoraussetzung, die durch gute Kitas und Schulen unterstützt wird. Darum müssen wir uns kümmern, überall in Europa: In jedem Land, in jeder Stadt und in jeder Gemeinde.

Es muss klar sein, dass die demokratische Struktur, die den Menschen am allernächsten ist, stärker von Europa unterstützt wird. Deshalb bin ich überzeugt: Wir brauchen eine engere Verbindung zwischen Europa und den Kom-



© SPD-Parlamentsstand | Janine Schmitz

munen. Damit meine ich nicht nur die Förderung von Städtepartnerschaften, die wahrscheinlich mehr für die Völkerverständigung in Europa getan haben als so manches Staatsbankett. Gerade jetzt, da der Zusammenhalt Europas gefährdet ist, will ich, dass wir dafür mehr Geld in die Hand nehmen. Es geht vor allem um die öffentliche Daseinsvorsorge, also um kommunale Wasserversorgung, Abfallwirtschaft oder den öffentlichen Nahverkehr. Die EU-Vergaberegeln zwingen hier die Städte und Gemeinden noch zu oft, nicht das vernünftigste Angebot anzunehmen zu dürfen, sondern das billigste. Das will ich ändern. Auch die Zusammenarbeit von Kommunen in diesem Bereich will ich erleichtern.

Nicht zuletzt muss auch für Europa gelten: Wer die Musik bestellt, muss auch bezahlen. Zum Beispiel, wenn Deutschland in Europa Verpflichtungen eingetht, die letztendlich von den Kommunen erbracht werden müssen. Wie etwa bei der Aufnahme von Geflüchteten. Die SPD hat seit 2014 dafür gesorgt, dass die Kommunen hierfür zusätzliches Geld vom Bund bekommen. Damit das nicht zulasten des Betriebs eines Schwimmbades oder einer Stadtbibliothek geht. Aber weil Europa an sich hier eine humanitäre Verantwortung hat, fordere ich einen europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds. Städte und Gemeinden, die sich

bereit erklären, Geflüchtete aufzunehmen, sollen bei den Integrationskosten und zusätzlich in gleicher Höhe bei kommunalen Entwicklungskosten finanziell unterstützt werden. Die Kommunen, die Verantwortung übernehmen, sollen für ihr Engagement besondere Zuwendungen erhalten.

Das sind wichtige Punkte, wenn es darum geht, die Distanz von zu vielen Bürgerinnen und Bürgern zu Europa zu überwinden. Damit das klappt, muss Europa auch in seinen Entscheidungen schneller werden – und eindeutiger. Um mehr Interesse an Europa zu wecken, müssen sich die Bürgerinnen und Bürger eine Meinung bilden, Entscheidungen nachvollziehen und an europäischen Debatten und Prozessen teilhaben können. Ich finde es großartig, dass sich so viele Jugendliche engagieren, zum Beispiel für den Klimaschutz. Schülerinnen und Schüler, die Freitag für Freitag für ihre Zukunft auf die Straße gehen, vor denen habe ich hohen Respekt. Das zeigt doch, dass junge Leute politisch viel aktiver sind, als es oft heißt. Solche jungen Leute wünschen wir uns überall. Ich möchte, dass sie schon mit 16 Jahren wählen können, denn wir brauchen in einer älter werdenden Gesellschaft eine stärkere Stimme der jungen Menschen. Deshalb sollte es eine Europäische Bürgerinitiative geben, mit der Bürgerinnen und Bürger die Europäische Kommission zu einer Gesetzesinitiative aufordern können. Auch hier sollte das Mindestalter für eine Beteiligung bei 16 Jahren liegen.

Ich will ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Unser Europa ist gut, aber es kann noch besser werden – wenn wir es gemeinsam machen.



© SPD-Parlamentsstand | Janine Schmitz



NACHGEFRAGT! Profitieren die Kommunen in NRW eigentlich von der EU?

Die SPD-Landtagsfraktion hat nachgefragt, welche Mittel aus den Strukturfonds der EU, EFRE, ESF und ELER, nach NRW fließen. Da die aktuelle Förderperiode von 2014 bis 2020 reicht, handelt es sich hierbei um eine Zwischenbilanz. Die SGK NRW hat alle Anfragen der SPD-Landtagsfraktion nach kreisfreien Städten, Kreisen und kreisangehörigen Städten und Gemeinden erfasst und die bewilligten Fördermittel für diesen Zeitraum aufgeschlüsselt.

Die bewilligten Projekte bzw. Vorhaben in den Kommunen sind den einzelnen Landtags-Drucksachen zu entnehmen. Die Drucksachen sind in der Zusammenfassung auf [SGK.NRW](#) verlinkt. Diesen Landtags-Drucksachen können darüber hin-

aus auch noch die bisher an die einzelnen Kommunen ausbezahlten Mittel entnommen werden. Diese bleiben aber zum Teil noch deutlich hinter den bisher bewilligten Fördermitteln zurück, da die Projekte zum Teil noch nicht abgeschlossen sind.

Die geförderten Projekte und die damit verbundenen Mittel tragen unmittelbar zu einer ausgewogenen Entwicklung in den Kommunen bei – sei es zur Förderung junger Menschen und der Arbeitssuchenden, der Strukturförderung des ländlichen Raumes oder einfach zur Stärkung von Regionen mit Strukturproblemen.

Fazit:
Europa lohnt sich – für NRW – für die Kommunen!

Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) – eingerichtet zur Förderung einer ausgewogenen Entwicklung in den verschiedenen Regionen der EU, zum Beispiel durch Maßnahmen wie Freiraumgestaltung, Gründungshilfen, Gründungsberatung, oder Ressourceneffizienzberatung.



Europäischer Sozialfonds (ESF) – unterstützt beschäftigungswirksame Projekte in ganz Europa und fördert das europäische Humankapital, d. h. Arbeitnehmer, junge Menschen und Arbeitssuchende.



Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) – ist schwerpunktmäßig auf die Lösung der besonderen Herausforderungen ausgerichtet, denen sich die ländlichen Gebiete der EU gegenübergestellt sehen.



#myeurope – Tu was für Europa e.V.

Initiative startet Kampagne #myeurope

Mit prominenter Unterstützung startete am 9. Mai in Berlin die überparteiliche Europa-Initiative "Tu was für Europa e.V.". Das Vereinsmotto: „Wir dürfen Europa nicht denen überlassen, die es abschaffen wollen“. Der Verein ruft dazu auf, sich für die gemeinsamen Werte und den Zusammenhalt auf dem Kontinent zu engagieren.

Es hätte nicht besser passen können: Am Europatag, dem 9. Mai, stellte der langjährige ehemalige EU-Parlamentspräsident Martin Schulz den Verein „Tu was für Europa e.V.“ vor mehr als 900 Gästen aus Politik, Wirtschaft und Medien vor. Unterstützt wird die Initiative von vielen prominenten Akteuren aus der Politik, aber auch aus den Medien. So gehören u.a. der TV-Moderator Klaas Heufer-Umlauf, der langjährige SPIEGEL-Journalist Horand Knaup sowie Vera Lisakowski vom Grimme Online Award zu den Gründungsmitgliedern.

Mit einer bundesweiten Plakat- und Social-Media-Kampagne



Fotos: Gero Bleiber für Tu was für Europa e.V.

ne „#myeurope“ startet der Verein in die Mobilisierungsphase für die Europawahl am 26. Mai. Martin Schulz, Vorsitzender des neuen Vereins, betonte: „Wir dürfen das Gespräch über Europa nicht denen überlassen, die Europa zerstören wollen.“

Ziel des Vereins ist es, als „Lobbyverein“ für Europa zu werben und überparteilich die europäische Idee in den Vordergrund zu

stellen, die oft durch gerade nationalistische Tendenzen und das oft beschworene „Bürokratiemonster“ Brüssel in den Hintergrund gerät.

Gedacht ist, die Initiative vor allem als niederschwelliges Angebot für Europabefürworter, die sich außerhalb von Parteien, Gewerkschaften und Demonstrationen engagieren wollen. Geplant sind etwa Koch- und Gesangs-

wettbewerbe sowie Plakataktionen.

Bereits jetzt können Interessierte, "um Flagge zu zeigen" auf der Webseite der Kampagne eigene Europaflaggen konfigurieren sowie T-Shirts zusammenstellen. Die Deutsche Bahn AG, die Lufthansa, die Allianz Kulturstiftung und die European Cultural Foundation unterstützen die Kampagne ebenfalls.

„Unsere Botschaft ist nicht: Weil wir für Europa sind, musst du auch für Europa sein. Unsere Botschaft ist: Wenn Du für Europa bist, dann tu was für Europa“, betonte Martin Schulz bei seiner Rede zur Gründungsveranstaltung in Berlin.

Die Webseite der Initiative do-something-for-europe.com:



Mit Zuwanderung erfolgreich werden in Europa

Von **Kirsten Eink**, Landesgeschäftsführerin der Europa Union NRW e.V. und Kandidatin für das Europäische Parlament



© Götz Schliesser

Während der Begriff „Freizügigkeit“ bei Schülerinnen und Schülern manchmal noch ein Grinsen hervorruft, ist vielen politischen Akteuren das Lachen schon vergangen. Als eine der vier Grundfreiheiten des Europäischen Binnenmarktes beinhaltet die Freizügigkeit das Recht, sich frei innerhalb der EU zu bewegen, sich niederzulassen und eine Arbeit anzunehmen. Was aus europäischer Perspektive als eine große Errungenschaft anmutet, er-

weist sich vor Ort in den Kommunen, z.B. im Ruhrgebiet, als echtes Problem. Statt die Bereicherung der Vielfalt sehen und nutzen zu können, fühlt sich dies in den strukturschwachen Regionen als Belastung, mancherorts als Bedrohung, an. Rechte Parteien nutzen das für ihre Zwecke, fordern Maßnahmen oder kurzerhand die Errichtung neuer Grenzen. Dabei können wir doch an allen großen Metropolen der Welt sehen, dass Städte und Gesellschaften nicht durch Abschottung erfolgreich werden, sondern durch Integration und kulturelle Entwicklung. Was wir brauchen, um die Chancen der Zuwanderung in unsere Gesellschaft erfolgreich zu nutzen, ist, Probleme differenziert zu benennen und Lösungen aufzuzeigen.

Zuwanderung durch Flüchtlinge

Eine der großen Aufgaben, die die EU nur gemeinsam lösen kann, ist die Bekämpfung von Fluchtursachen. Für alle aber, die in Euro-

pa Schutz suchen, gilt das Recht auf Asyl uneingeschränkt. Deshalb brauchen wir humanitäre Visa, eine Reform des Dublin-Systems sowie die Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren. Im Sinne unserer Gesellschaft müssen wir aber auch darüber hinaus denken. Kriegsergebnisse können Jahrzehnte dauern, in Europa geborene Kinder fühlen sich als Europäer. Deshalb brauchen wir auch den „Spurwechsel“. Wir brauchen die Möglichkeit, eine europäische Staatsangehörigkeit zu erhalten für Menschen, die bleiben wollen und sich hier durch Arbeit, Sprache, gesellschaftliches Mitwirken integrieren. Je schneller Menschen selbst ihren Lebensunterhalt bestreiten können, desto einfacher wird es für die Kommunen.

Zuwanderung aus Drittländern

So mancher Asylantrag wird abgelehnt, weil Menschen nicht von Kriegsergebnissen oder anderen Asylgründen betroffen waren.

Anders als für andere Staatengemeinschaften gibt es aber in Europa kaum Möglichkeiten, legal einzuwandern. Infolge dessen versuchen viele Menschen, mit einem Asylantrag ein Bleiberecht in Europa zu erwirken. Was wir brauchen, ist ein europäisches Einwanderungsrecht mit klaren Regeln, die das Europäische Parlament verhandeln soll: Wer nach X Jahren den Unterhalt für seine Familie bestreiten kann, nach Y Jahren die Landessprache mit B2-Niveau spricht und Z Jahre nicht straffällig wird, kann EU-Staatsbürger werden. Eine klare Ansage, die Probleme entzerren und angesichts der europäischen Demografie, auch perspektivisch mindern könnte.

Zuwanderung aus (Ost-) Europa

Die Freiheit in der EU wird zum Drama, wenn man seine Heimat verlassen muss, weil es keine Arbeit gibt oder weil man keinen Zugang zu Sozialleistungen wie Versorgung im Krankheitsfall

hat. Helfen kann da nur eine Politik, die den einzelnen Menschen in Europa in den Mittelpunkt stellt: Mindestlöhne in allen EU-Staaten und soziale Mindeststandards sowie ein Sofortprogramm zur Bekämpfung der Jugend Arbeitslosigkeit, aber auch die Umsetzung der Roma-Strategie zur Beendigung der Diskriminierung sind dabei die wichtigsten Maßnahmen.

Die EU muss jetzt schnell ihre Hausaufgaben machen, um die Zukunft Europas mit Zuwanderung zu gestalten. Bund und Land können dagegen sofort ihren Teil dazu beitragen, die Zuwanderung als gesamtgesellschaftliche Chance zu begreifen und die „Hotspot“-Kommunen zu unterstützen. Dazu gehören die angemessene Kostenbeteiligung bei Flüchtlingen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus, und die Berücksichtigung der Zusatzbelastung von Kommunen durch Zuwanderung bei den Kosten der Unterkunft, im Bildungs- und im Sozialbereich.

Warum wir einen größeren EU-Haushalt brauchen

Von **Jens Geier**, Mitglied des Europäischen Parlamentes



© Daniel Behnenburg

Vor einem Jahr hat die EU-Kommission ihren Entwurf für den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 vorgelegt. Mit diesem Finanzrahmen legt die EU ihre langfristige Finanzplanung bis 2027 fest und damit auch ihre Prioritäten. Das neu gewählte EU-Parlament wird vor der Aufgabe stehen, mit den nationalen Regierungen darüber zu verhandeln. Manche Regierungen haben schon angekündigt, keinen Cent mehr zahlen zu wollen. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten erwarten künftig mehr von der EU und haben im Koalitionsvertrag durchgesetzt, dass

Deutschland einen größeren EU-Haushalt mitträgt.

Das ist nur richtig, denn wenn die Briten aus der Union austreten, entsteht eine Finanzierungslücke von bis zu 14 Milliarden Euro jährlich. Gleichzeitig wollen die nationalen Regierungen neue Aufgaben an die EU übertragen, etwa beim Schutz der Außengrenzen und der Verteidigungspolitik. Die Milchmädchenrechnung vom

konservativen österreichischen Bundeskanzler Sebastian Kurz - ‚kleinere EU gleich kleinerer Haushalt‘ - geht nicht auf.

Seine Parteifreunde auch hierzu behaupten gerne, der EU-Haushalt sei maßlos aufgebläht. Tatsache ist: Er ist nicht einmal doppelt so groß wie der Landeshaushalt von NRW. Damit machen wir die Gemeinschaftspolitik für 500 Millionen Menschen. Wir Sozialdemokraten glauben, dass die EU in bestimmten Bereichen mehr leisten muss.

Ein Beispiel: Um zu einer gerechten Lastenverteilung in der Versorgung von Geflüchteten innerhalb der EU zu kommen, schlagen wir vor, ein Anreizsystem zu schaffen, in dem Kommunen für die Aufnahme von Geflüchteten eine Erstattung der Kosten sowie Finanzmittel für die eigene wirtschaftliche Entwicklung erhalten. Gemeinden könnten sich dann künftig, unabhängig von der Farbe ihrer nationalen Regierung, dazu bereit erklären, Menschen auf-

zunehmen. Das verspricht mehr Erfolg, als den Mitgliedsstaaten ein Aufnahmekontingent vorzugeben, nur um dann die Nichterfüllung festzustellen.

Oder: Unser Spitzenkandidat, der Niederländer Frans Timmermans, hat versprochen, als Kommissionspräsident ein europäisches Wohnbauprogramm vorzulegen. Erschwinglicher Wohnraum ist in unseren Großstädten knapp. Das verschärft die soziale Schieflage in unseren Gesellschaften. Ein „Timmermans-Fonds“, der Kommunen beim Ausbau von sozialem Wohnraum mit europäischen Mitteln unterstützt, wäre ein wichtiger Schritt hin zu einem sozialen Europa.

Deswegen wollen wir die Finanzierung der EU-Ausgaben überdenken. Zurzeit finanziert sich der EU-Haushalt zu rund 70 Prozent aus Überweisungen aus den nationalen Haushalten. Durch die nationale Brille kann jede europäische Mehrausgabe noch so sinnvoll sein, sie ist in erster Linie eine

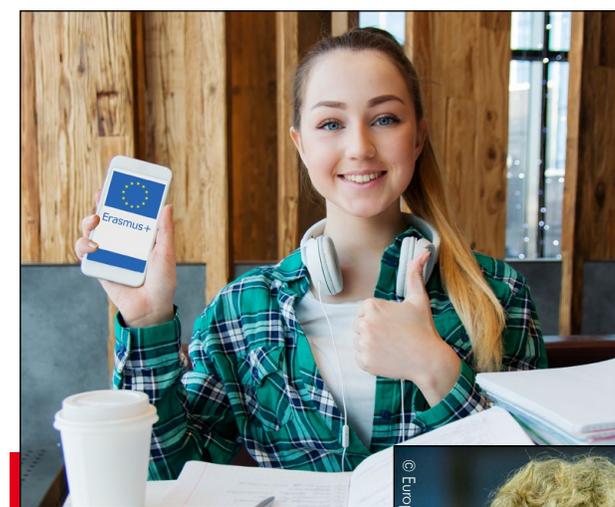
Belastung, und so treten viele Regierungen auch auf. Es kann nicht sein, dass wir in der EU Politik nach nationaler Kassenlage machen.

Deswegen sind die Bemühungen von Olaf Scholz für eine europäische Digitalsteuer so wichtig. Nicht nur, weil wir unser Steuersystem so wieder gerechter machen. Sondern, weil wir die Einnahmen dieser Steuer direkt dem EU-Haushalt zukommen lassen und so die nationalen Haushalte entlasten können. Das ist dann keine „EU-Steuer“, die viele Konservative im Munde tragen. Der Bundestag behält seine Steuerkompetenz, er muss einer solchen Entscheidung zustimmen.

Die EU leistet einen wichtigen Beitrag zu unserem Wohlstand. Sie kann nicht zusätzliche neue Aufgaben erfüllen, ohne dafür zusätzliche Mittel zu bekommen. Deswegen ist es nur folgerichtig, wenn die EU in Zukunft einen größeren Haushalt erhält.

ERASMUS+ – Das beste Austauschprogramm der Welt

Von **Petra Kammerevert**, Mitglied des Europäischen Parlamentes



Fast fünf Millionen Studierende konnten dank ERASMUS in den zurückliegenden 32 Jahren Erfahrungen im Ausland sammeln. Daraus sind eine Million Babies entstanden. Das zeigt, dass ERASMUS eine äußerst fruchtbare Angelegenheit ist, auch wenn das natürlich nicht der eigentliche Grund ist, sich für dessen Fortsetzung und Ausbau einzusetzen.

Leider denken bei ERASMUS+ immer noch zu viele schlagartig an Studierende, denen ein in-

Azubis, junge Berufstätige, oder im Rahmen eines Projektes von Jugendorganisationen. Wir müssen noch besser herausstellen, dass ERASMUS+ für weit mehr Menschen etwas zu bieten hat als für Studierende.

Politisch setze ich mich dafür ein, dass es die hierfür notwendigen finanziellen Mittel gibt und zudem arbeite ich an der breiteren Aufstellung des Programms. Ende März hat das Europäische Parlament beschlossen, wie es sich die Zukunft des ERASMUS+ Programms vorstellt. Zum einen soll es für den Zeitraum 2021 bis 2027 mit dreimal so viel Geld ausgestattet werden, als in der jetzigen siebenjährigen Förderperiode. In Zahlen wären

das rund 41 Milliarden Euro. Die finanzielle Aufstockung soll vor allem jungen Menschen in beruflicher Aus- und Weiterbildung sowie Lernenden in der Erwachsenenbildung zugute kommen. Auch der individuelle Austausch von Schülerinnen und Schülern

soll gefördert werden. Darüber hinaus halte ich es für sinnvoll, im Breitensport organisierten Sportlerinnen und Sportlern die Möglichkeit des Austausches zu eröffnen, damit kann die integrative Kraft des Sportes und dessen Beitrag zum interkulturellen Dialog noch besser betont werden.

Notwendig ist aus meiner Sicht, die Mittelbeantragung und -abrechnung deutlich zu vereinfachen. Es kann nicht sein, dass von Ehrenamtlichen oder Lehrerinnen und Lehrern in deren Freizeit erwartet wird, sich durch Antragsformulare zu quälen, die sich von solchen, mit denen Millionen für Forschungsprojekte beantragt werden, kaum unterscheiden. Schüleraustausch und Jugendaustausch muss einfach mit angemessenen Pauschalbeträgen beantragbar und abrechenbar sein. Last but not least: In keinem Fall darf die Teilnahme am Programm vom Geldbeutel der Eltern abhängen. Dies meine ich breiter gedacht als eine Diskussion über inklusive Angebote! Überall dort, wo es schlicht nicht gerecht wäre, wegen ei-

nes Mehraufwandes die Teilnahme am Programm zu versagen, sollte idealerweise ein Mechanismus, zum Beispiel gekoppelt an den Europäischen Sozialfonds, greifen, der dies ausgleicht und damit eine Teilnahme ermöglicht. Dies muss vor allem einfach und nachvollziehbar sein.

Schon das laufende ERASMUS+ Programm hat Veränderungen erfahren. Der Europäische Freiwilligendienst wurde seit Dezember 2016 zum Europäischen Solidaritätskorps weiterentwickelt, bis Ende 2020 soll durch ca. 100.000 Einsätze auf gesellschaftliche Herausforderungen reagiert und zur Stärkung von Gemeinschaft beigetragen werden. Das Korps wird jedenfalls bis 2027 fortgeführt.

Nach der Europawahl beginnen die Verhandlungen mit dem Rat über die Zukunft von ERASMUS+. Ich erwarte von den Mitgliedsstaaten nicht nur ständig über die Bedeutung von ERASMUS+ zu schwadronieren, sondern jetzt auch bereit zu sein, den Geldbeutel weit zu öffnen – die Jugend Europas sollte uns das wert sein!



© European Union 2017 - Source: EP



Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit

Eine gemeinsame Aufgabe für die europäische Sozialpolitik

Von Sarah Weiser, Europakandidatin aus dem Münsterland

Die Europäische Union steht bei der kommenden Wahl vor einigen Herausforderungen. Eine der größten, die auch mich motiviert hat für das Europäische Parlament zu kandidieren, ist die anhaltende Jugendarbeitslosigkeit in Europa.



© Elke Beck | Photography

Während der Banken- und Finanzkrisen waren in Südeuropa zeitweise die Hälfte aller jungen Menschen arbeitslos. Auch heute noch liegt die Jugendarbeitslosigkeit in manchen südlichen Mitgliedstaaten bei über 30 Prozent, in der EU im Durchschnitt bei 14,5 Prozent. Ich bin davon überzeugt, dass wir nicht nur die Zukunft ein paar Jugendlicher auf's Spiel setzen, sondern die Zukunft Europas, wenn

wir jungen Menschen keine Perspektive bieten. Es gefährdet den sozialen Zusammenhalt innerhalb und zwischen den Mitgliedstaaten, wenn Teile einer ganzen Generation ihr Leben nicht unabhängig gestalten und planen können.

Es ist deshalb auch eine europäische Aufgabe, die Jugendarbeitslosigkeit effektiv zu bekämpfen. Die Europäische Union hat dafür

bereits die Europäische Jugendgarantie ins Leben gerufen, die jedem jungen Europäer*in bis 25 Jahren innerhalb von vier Monaten das Angebot eines Jobs, eines Ausbildungsplatzes oder eines Praktikums garantiert. Dafür werden nationale Programme und Projekte mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert, die Ausbildungsplätze, Praktika und Arbeitsplätze schaffen.

Diese Jugendgarantie gilt es auszubauen, auf junge Menschen bis 30 Jahren auszuweiten und die Mittel dafür deutlich zu erhöhen. Ergänzend brauchen wir auch eine europäische Mindestausbildungsvergütung, deren konkrete Höhe sich an der Wirtschaftskraft des jeweiligen Mitgliedstaates orientiert.

Allerdings stellt sich die Jugendarbeitslosigkeit nicht nur je nach Mitgliedstaat, sondern vor allem je nach Region anders dar. Effektive Programme und Projekte müssen deshalb vor allem vor Ort, in der Region oder Kommune, greifen. Auf regionaler Ebene können diese Programme und Projekte für junge Arbeitslose Chancen auf dem Arbeitsmarkt eröffnen. Auch gilt es noch mehr in die Regionen Europas und Bildung zu investieren, um Strukturen vor Ort zu stärken oder aufzubauen. Im Fokus steht dabei insbesondere auch die Stärkung der dualen Ausbildung in ganz Europa.

Die effektive Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist Teil einer sozialeren Politik für die Europäi-

sche Union, die auf gemeinsame Mindeststandards setzt und somit dem Wettbewerb um die niedrigsten Löhne und die schlechtesten Arbeitsbedingungen einen Riegel vorschiebt. Mit gemeinsamen Sozialstandards und europäischen Mindestlöhnen können wir nicht nur mehr soziale Sicherheit schaffen, sondern auch verhindern, dass wir uns als Mitgliedstaaten auf dem Rücken von Arbeitnehmer*innen gegenseitig ausspielen.

In der Vergangenheit konkurrierten oft lokale Unternehmen mit Anbietern aus anderen europäischen Mitgliedstaaten, die mit niedrigen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen den Preis für die jeweilige Dienstleistung senken konnten. Diese Abwärtsspirale hat die Europäische Union mit der Reformierung der Entsende-richtlinie richtigerweise erheblich eingeschränkt. Daran gilt es auch bei dieser Wahl anzuknüpfen und gemeinsam als Sozialunion mehr soziale Sicherheit und Perspektiven für alle Europäer*innen zu schaffen.

In den Zusammenhalt der Gesellschaft investieren

Von Micha Heitkamp, Europakandidat aus Ostwestfalen-Lippe

Es gibt eine Frage, die mir im Wahlkampf in Ostwestfalen-Lippe immer wieder begegnet: „Warum eigentlich Europa? Wäre es nicht besser, erst die Probleme vor Ort in den Griff zu bekommen?“ Ich frage dann in der Regel zurück, was denn die Probleme vor Ort seien. Die Antworten sind oft ähnlich: Marode Schulgebäude, kaputte Straßen, eine schlechte Anbindung an öffentliche Verkehrsmittel, langsames Internet. Manchmal sind es kleinere Fragen, wie die Schließung von Spielplätzen. Und manchmal sind es die großen Fragen nach der Sicherheit von Arbeitsplätzen. In diesen Gesprächen merkt man: Viele Menschen spüren heute vor Ort die Konsequenzen der neoliberalen Politik. In den letzten Jahrzehnten hat sich der Staat zunehmend zurückgezogen aus dem Leben der Menschen und den freien Märkten das Ruder überlassen.

In der Vergangenheit hat die SPD es sich hier oft bequem gemacht, wenn diese Fragen in Bezug auf



Europa gekommen sind. Man müsse doch die Fördermittel aus Europa bedenken, haben wir erwidert. Die kämen doch vor Ort an. Aber sind wir doch mal ehrlich: Abgesehen von VerwaltungsbeamtenInnen und HaushaltspolitikerInnen interessiert es eigentlich niemanden wirklich, welche Ebene welche Projekte bezahlt hat! Also Schluss mit diesen Schattengefechten! Es ist an der Zeit, die Finanzpolitik Europas endlich zu politisieren!

Eine weit verbreitete Stimmung, die ich im Wahlkampf mitbekomme, ist Pessimismus beim Blick in die Zukunft. Die Welt wird in den Augen vieler schneller, unübersichtlicher, unsicherer. Kei-



ne Gewissheit mehr, dass es den Kindern und Enkelkindern einmal besser gehen werde. Und genau in diese Zeit fällt das Aufkeimen einer rechtsradikalen Bewegung.

Es ist nicht das erste Mal, dass in der Bundesrepublik rechte Kräfte auf dem Vormarsch sind. 1966 zog mit der NPD eine faschistoide

Partei in den Landtag von Baden-Württemberg ein. Dramatische Einstürze musste dagegen die SPD hinnehmen. In Bonn regierte die große Koalition. Die wirtschaftliche Lage war zwar nach dem „Wirtschaftswunder“ relativ entspannt, aber weniger dynamisch. Bei der Bundestagswahl 1969 war fest mit einem Einzug der NPD in den Bundestag zu rechnen. Doch es kam anders: Dank der starken Mobilisierung der SPD verfehlte die NPD mit 4,3 Prozent knapp den Bundestag. Für die Sozialdemokratie begann ein goldenes Zeitalter, das geprägt war von neuen Politikentwürfen: Keynesianische Wirtschaftspolitik, vorausschauende Bildungs- und Sozialpolitik. Die NPD konnte in den folgenden Jahren in kein Landesparlament mehr einziehen und kam bei der Bundestagswahl 1972 nur noch auf 0,6 Prozent. Das Beispiel zeigt: Mit einer in die Zukunft investierenden Finanzpolitik kann man zwar rechtes Denken nicht aus den Köpfen bekommen, einen Beitrag zum Zusammenhalt der

Gesellschaft und zur Bekämpfung faschistoider Bewegungen kann man aber schon leisten.

Wenn wir auf den großen Investitionsstau keine Antwort finden, gefährden wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Zukunftsfähigkeit. Wir brauchen eine Finanzpolitik, die Zukunftsinvestitionen einen Vorrang vor Schuldenbremsen und schwarzen Nullen gibt. Ein aktiver Staat muss Verantwortung übernehmen, die Probleme vor Ort anzugehen. Kein Markt wird das von alleine richten.

Die Leute, die lieber zuerst die Probleme vor Ort als die Probleme der weit entfernten Politik in Brüssel angehen wollen, haben Recht: Es gibt einen großen Handlungsbedarf vor Ort. Die sozialdemokratische Antwort darauf darf keine bloße Verteidigungsrede für Europa, sondern muss das Versprechen einer anderen Politik sein, die diese Probleme angeht.

Datenschutz – Aus für digitale kommunale Lösungen?

Von **Birgit Sippel**, Mitglied des Europäischen Parlamentes



besondere hinsichtlich der Erstellung von Bewegungsprofilen und Überwachung. Das Beispiel Verkehr macht deutlich: Mit einer stärkeren Digitalisierung und der damit verbundenen Generierung von „Big Data“ gehen

Datenschutz, der Schutz personenbezogener Daten, ist gerade im digitalen Umfeld von zunehmender Bedeutung. Nie zuvor war es so einfach, viele Daten über Menschen zusammenzutragen und in einzelnen Behörden oder privaten Unternehmen zu sammeln, zu verarbeiten, Profile zu erstellen. Und nie zuvor war es so einfach, diese Daten für Werbung, aber auch für massenhafte Manipulationen zu verwenden.

Deshalb sind klare Vorgaben auch zu Zweckbindung, Datenminimierung oder auch Zustimmung zur Verarbeitung gerade jetzt besonders wichtig. Vor diesem Hintergrund ist die DSGVO ein globaler Meilenstein für den Datenschutz. Zugleich diskutieren wir über e-government oder Smart City. Ein Widerspruch? Nicht zwingend. Ziel jeder Veränderung sollte sein, Ressourcen effektiv zu nutzen, das Leben von Menschen zu verbessern und dabei ihre Rechte zu schützen. Und so müssen wir genauer hinschauen: Was bedeutet „Smart City“, was geht technisch und was wollen wir?

Betrachten wir das Thema Verkehr. Durch eine intelligente Straßenbeleuchtung könnten beispielsweise Energieeinsparungen erzielt werden. Wenn Autofahrer*innen direkt zu einem freien Parkplatz geleitet werden, könnten Staus und Emissionen reduziert werden. Komplizierter wird es beim autonomen Fahren, das viele ethische und rechtliche Fragen aufwirft. Wer haftet bei Unfällen, welche Vorgaben entscheiden über Leben und Tod in kritischen Situationen? Oder sollte Digitalisierung nicht helfen, verschiedene Verkehrsträger besser zu vernetzen, Individual- und Lieferverkehre einzuschränken? Und: Welche Daten werden dazu genutzt? Fahrzeugdaten – die einem konkreten Fahrer beziehungsweise Menschen zugeordnet werden können? Oder Daten mobiler Telefone? Dieser Aspekt wird mitunter unterschätzt, ins-

zwangsläufig grundrechtliche Fragen einher: Wer bekommt Zugriff auf ein mittels Bewegungsdaten erstelltes Profil einer einzelnen Bewohnerin eines Stadtviertels? Für welche kommerziellen Anwendungen könnten solche Daten genutzt werden? Müssten wir in Zukunft davon ausgehen, dass einer Person, die täglich auf dem Weg zur Arbeit an einem Fitnessstudio vorbeikommt, demnächst gezielte Werbung für Sportangebote zugespielt wird? Und wenn es nicht mehr nur das Wissen über die (fehlende) Motivation eines Bürgers zur Teilnahme am Sportkurs ist, das kommerzialisiert wird, sondern die wöchentlichen Besuche bei der lokalen Suchtberatung? Was passiert, wenn solche Bewegungsmuster aus anderen Quellen mit Angaben zu Alter, Wohnort oder Kreditwürdigkeit verbunden werden? Welche Begehrlichkeiten wecken solche Datensätze – für Werbung, aber auch für politische Manipulation, für überhöhte Preise oder Verweigerung von Dienstleistungen? Dies sind nur ein paar der Fragen, denen wir uns stellen müssen.

Das heißt nicht, dass wir etwa intelligente Verkehrslösungen pauschal ablehnen sollten. Aber wir müssen darauf achten, dass wir das Wohl der Menschen, wozu auch die Achtung ihres Rechts auf Datenschutz gehört, jederzeit im Blick haben. Denn letztlich geht es dabei auch um den Schutz von Demokratie und Freiheit.

Wenn all dies beachtet wird, ergeben sich tatsächlich viele Potentiale. Anträge online stellen, durch eine stärkere Digitalisierung die öffentliche Verwaltung effektiver gestalten und Freiraum schaffen für Angebote, für die bisher Zeit und Personal fehlen. Technologie kann viele Behördengänge erleichtern – das persönliche Gespräch oder die Beratung kann und soll sie nicht ersetzen. Digitalisierung soll Kommunikation zwischen den Menschen erleichtern, sie nicht abschaffen. Und es ist



wichtig, dass Kommunen die Hoheit über die Daten behalten. Das ist etwa relevant für die Speicherung von Daten in der Cloud.

Neben einer Vereinfachung von Behördengängen kann die digitale Kommune auch mehr Transparenz über politische Entscheidungsprozesse schaffen. Im Europäischen Parlament etwa ist es schon heute üblich, neben den Plenar- auch die einzelnen Ausschusssitzungen live im Internet zu übertragen. Wenn etwa mehr Gemeindefestungen gestreamed würden, könnten Bürger*innen einfach und bequem von zu Hause die Diskussionen um eine geplante Schulzusammenlegung oder neue Gewerbeflächen verfolgen. Ebenso wichtig: „Open Data“, also offene Datensätze, die eine Stadt oder Gemeinde frei zur Verfügung stellt. Das betrifft beispielsweise Verkehrs-, oder Wetterdaten. Viele kommunale Gutachten verschwinden einfach in den Archiven. Sie unter Beachtung datenschutzrechtlicher oder sicherheitsrelevanter Einschränkungen stärker der Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen, könnte neue Lösungsansätze für kommunale Herausforderungen entstehen lassen.

Die möglichen Vorzüge intelligenter Städte und Kommunen hängen zudem von einer verlässlichen, flächendeckenden Breitbandverbindung ab. Und das nicht nur in den großen städtischen Ballungszentren. Wir können es uns nicht leisten, einzelne Kommunen zurück zu lassen. Schnelles Internet ist auch ein wichtiger Standortfaktor und Voraussetzung für neue Projekte und Start-ups.

Die Digitalisierung bietet Potentiale für unsere Kommunen – solange die Risiken angemessen berücksichtigt und die Bedürfnisse der Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden.

Russisches Tscherepwez sucht deutsche Partnerstadt

Von **Dirk Wiese**, Bundestagsabgeordneter für den Hochsauerlandkreis



Tscherepwez ist eine blühende Industriestadt in Nordwestrussland. Die Stadt und ihre über 300.000 Einwohner liegen direkt am imposanten Fluss Scheksna.

Sie genießt hohes wirtschaftliches Ansehen in der Region. Hier sind unter anderem Eisenhütten, Stahlwerke (beispielsweise Severstal, der zweitgrößte Stahlerzeuger Russlands und Nr. 15 der Welt), große Werften und Chemiebetriebe ansässig. Tscherepwez sucht nun zur kulturellen Erweiterung eine deutsche Partnerstadt. Solch eine partnerschaftliche Allianz ist zu befürworten, da zivilgesellschaftliche Austausche wie diese zentral zur Förderung von Transformations- und Integrationsprozessen beitragen. "Wir wollen, dass die Beziehungen zwischen den Menschen noch enger werden, dass die Kontakte, die teilweise seit Jahrzehnten gepflegt werden, fortgeführt werden und dass neue Brücken gebaut werden. Das kann im Rahmen kultureller Projekte geschehen, soziale Fragen, Menschenrechtsarbeit oder kommunale Partnerschaften betreffen. Wichtig ist, dass wir uns nicht fremd werden, sondern uns besser kennenlernen", so Dirk Wiese (SPD), Koordinator für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft. Einen Antagonismus zwischen Europa und Russland gilt es zu überwinden,



indem wir die Köpfe und Herzen beider Seiten verbinden und eine verstärkte Zusammenarbeit anstreben. Denn verlorenes Vertrauen kann nur wiedergewonnen werden, wenn Dialog und Verständigung gefördert werden.

Tscherepwez setzt bereits wirtschaftlich auf einen internationalen Ausbau und zeigt die Absicht, dies auf die menschliche Basis auszuweiten. Bürgermeisterin Elena Avdeeva lädt daher herzlich zu einem partnerschaftlichen Austausch ein. Die wichtige Rolle deutsch-russischer Städtepartnerschaften wird ebenfalls vom 25. – 28. Juni 2019 in Dürren auf der XV. Deutsch-Russischen Städtepartnerkonferenz thematisiert. Diese Konferenzen sind in der Vergangenheit immer eine wichtige und schöne Gelegenheit gewesen, um die Aktivitäten der Städtepartner zu präsentieren, in den Austausch zum Miteinander zu treten und durch gemeinsames Auftreten die deutsch-russischen Anliegen zu stärken.

Interessierte Städte und Gemeinden für einen partnerschaftlichen Austausch können gerne eine E-Mail an Bürgermeisterin Elena Avdeeva senden:

e_avdeeva@cherepovetscity.ru

IMPRESSUM Die Kommunale Zeitung

Herausgeber:
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf

www.diekommunale.de
Facebook: [facebook.com/SGKNRW](https://www.facebook.com/SGKNRW)

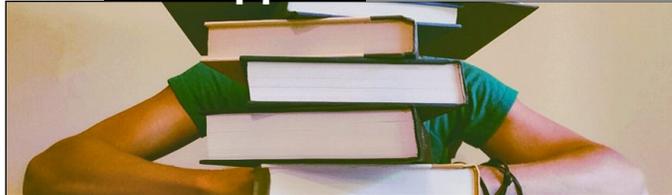
Verantwortlich (auch für Anzeigen):
Bernhard Daldrup,
Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Tel.: 0211-876747-0
Fax: 0211-876747-27
info@diekommunale.de

Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

SGK-Buchtipp



DER KOMMUNALE HAUSHALT

Von Prof. Dr. Gunnar Schwarting, Erich Schmidt Verlag, 5. Auflage, 2019, 455 Seiten, DIN A5, ISBN: 978-3-503-18256-5, 76,00 Euro



In der fünften Auflage des Standardwerkes findet eine Aktualisierung der klassischen Themen kommunaler Finanzpolitik statt. Zusätzlich werden allerdings auch ergänzende Fragestellungen aufgegriffen, die für kommunales Handeln wichtig sind. Unter anderem werden die inzwischen in vielen Ländern eingeführten Entschuldungshilfen und unterschiedliche Reformoptionen für die Grundsteuer berücksichtigt. Aber auch auf die Behandlung der Kommunen als Steuerschuldner, sowie die Aktivitäten kommunaler Beteiligungen, mit Betrachtung ihres Risiko-

managements und Steuerung, wird eingegangen. Das Buch richtet sich, durch seinen verständlich gehaltenen Text und die zahlreichen Grafiken, nicht nur an Experten, sondern auch an Studierende der Sozial-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften und Kommunalpolitiker*innen.

Der Autor ist Prof. Dr. Gunnar Schwarting, Geschäftsführer a. D. des Städtetages Rheinland-Pfalz, Honorarprofessor an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.

Stellenausschreibung



Die SGK NRW sucht zum nächstmöglichen Zeitpunkt einen Referenten (m/w/d).

Zu den Aufgaben innerhalb der Landesgeschäftsstelle gehört die juristische und fachliche Beratung der Mitglieder, insbesondere der SPD-Fraktionen in den kommunalen Vertretungen, die Begleitung der Gremienarbeit der SGK NRW, die Mitarbeit bei Publikationen der SGK NRW sowie die fachliche Betreuung der Fachbereiche Arbeit, Wirtschaft, Gesundheit, Soziales. Eine Veränderung der Aufgabenbereiche bleibt vorbehalten.

Wir suchen einen belastbaren und flexiblen Kollegen (m/w/d) mit hoher Leistungsbereitschaft und starker Teamorientierung, der die Arbeit der Landesgeschäftsstelle in einem jungen Team mit angenehmer Arbeitsatmosphäre und spannenden Themen unterstützt. Voraussetzung für die Einstellung sind zwei juristische Staatsexamina, sowie Erfahrungen in der Kommunalpolitik/Kommunalverwaltung in NRW.

Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an die Entgeltgruppe 13/14 TVöD VKA zuzüglich weiterer Leistungen für den Aufbau einer zusätzlichen Alterssicherung.

Aussagekräftige Bewerbungen sind bis zum 15. Juni 2019 zu richten an:

Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik Nordrhein-Westfalen e.V.
Herrn Landesgeschäftsführer Bernhard Daldrup
Persönlich
Postfach 20 07 04
40104 Düsseldorf



**SGK-Positionspapier:
Den Sozialstaat neu denken**

Die Neuaufstellung des Sozialstaates ist ein Kernthema der Bundes-SPD in der aktuellen Zukunfts-Debatte. An dieser Diskussion beteiligt sich die SGK NRW mit einem Positionspapier zu verschiedenen Aspekten rund um den Arbeitsmarkt. Die Grundideen der SPD werden aufgegriffen, hinterfragt und vor allem durch die kommunale Sichtweise ergänzt. Die wichtigsten Punkte des vom SGK-Landesvorstand NRW beschlossenen Papiers werden nachfolgend vorgestellt.

Wer arbeiten geht, hat im SGB II nichts verloren

Personen, die Erwerbseinkommen erzielen und sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind, sollen künftig im SGB III gefördert werden. Es ist unsinnig, Menschen in einem System für Langzeitarbeitslose zu parken, wenn sie berufstätig sind. Vielmehr sollen sie soziale Sicherheit im System der Sozialversicherung erfahren. Um dies zu erreichen, muss im SGB III die Lebensleistung des Einzelnen in höherem Maße anerkannt werden als bisher und der zeitliche Bezug in Abhängigkeit zu den Beitragszeiten verlängert werden.

Jedes Kind ist gleich viel wert

Hilfeleistungen dürfen nicht stigmatisieren. Viele Alleinerziehende und Familien mit vielen Kindern stecken im System des SGB II fest, eben weil sie Kinder haben. Das ist gesellschaftlich unerträglich! Die Systematik der Einkommensanrechnung im SGB II und die unübersichtliche Leistungserbringung für Kinder und Familien in Deutschland ist hier die Hauptursache. Leistungen für die persönliche und schulische Entwicklung von Kindern über ein System der Arbeitsförderung zu erbringen, ist die falsche Antwort. Bereits jetzt bieten die Kommunen ein umfangreiches und gutes Hilfsangebot für Familien, Kinder und Jugendliche an. Eine Bündelung der Leistungen für Kinder und Jugendliche bei den Kommunen, bei gleichzeitiger finanzieller Entlastung

der Kommunen von den entstehenden Kosten, wäre die richtige Antwort. Beispielsweise könnte bei der Anmeldung eines Kindes beim Standesamt automatisiert die Antragstellung auf Zahlung von Kindergeld erfolgen. Die Leistung würde durch die Familienkassen erbracht, die bei den Kommunen anzusiedeln wären.

Wohngeld anpassen

Die Wohnsituation und die immer weiter steigende Belastung durch Wohnkosten spielen eine immer größer werdende Rolle bei der Abhängigkeit von Sozialleistungen. Der Vorschlag zur Neudefinition des Wohngeldes wird ausdrücklich begrüßt. Hiervon umfasst sein sollte eine Umstrukturierung und Erhöhung des Wohngeldes zur Überbrückung des Zeitraumes bis ausreichend bezahlbarer Wohnraum geschaffen wurde. Grundlage dabei muss die Einführung des Individualprinzips anstelle des Bedarfsgemeinschaftsprinzips sein.

Weiterbildung für alle

Das Recht auf Weiterbildung muss ein fester Bestandteil der Arbeitslosenversicherung sein. Während der Zeit einer Weiterbildung soll der Weiterbezug von Arbeitslosengeld I zugesichert werden, um eine Konzentration auf die Weiterbildung, ohne gleichzeitige Existenzangst sicherzustellen.

In weiteren Punkten beschäftigt sich das Papier mit der hohen Zahl der ungelerten

und jungen Langzeitarbeitslosen, einer Neudefinition der Integrationsfähigkeit und dem Schonvermögen sowie Einmalleistungen.

Wieviel SGB II bleibt dann noch übrig?

Sollte das SGK-Papier vollständig umgesetzt werden sind alle bereits sozialversicherungspflichtig Beschäftigten dem SGB III zuzuordnen. Die Bezugsdauer für das SGB III würde ausgeweitet für diejenigen, die sich in einer Ausoder Weiterbildungsphase befinden und verlängert für diejenigen die lange eingezahlt haben. Personen, die aufgrund ihrer persönlichen Vermittlungsschwierigkeiten langfristig nicht in den ersten Arbeitsmarkt integriert werden können, erhielten Leistungen nach dem SGB XII. So blieben am Ende kaum noch Personen übrig, die noch unter den heutigen Begriff des SGB II fallen.

Eine neue Bundesleistung für alle ab 18

Fazit für die Kommunalen: SGB II und SGB XII sollten zusammengeführt werden zu einem bundesfinanzierten System für alle Menschen im Alter über 18 Jahren.

Das vollständige Papier ist im SGK-Intranet abrufbar.



WESTFALEN WESER ENERGIE LÖST KLÄRSCHLAMM-PROBLEMATIK FÜR STÄDTE UND GEMEINDEN IN DER REGION – MEHRWERT INKLUSIVE

Die Frage nach der Klärschlamm Entsorgung aus der Abwasseraufbereitung bereitet Kommunen mehr und mehr Sorgen. Eine innovative Lösung hat Westfalen Weser Energie (WWE) gefunden. Sie will mit einem Partnerunternehmen in einer thermischen Verwertungsanlage Klärschlämme aus kommunalen Anlagen entsorgen. Besonderer Clou des Projekts: Die sofortige Rückgewinnung von Phosphor aus der Klärschlamm-Asche. Planung, Bau und Betrieb der thermischen Anlage soll der Partner übernehmen. Die Ausschreibung läuft. Dabei sind Bietergemeinschaften zugelassen.

Diese Lösung bietet Städten und Gemeinden im Raum Westfalen/Weser mehrere Vorteile. Denn die Verantwortlichen sind durch verschiedene Vorgaben und Faktoren zum Handeln gezwungen. „Die Kommunen können mit unserer Lösungsidee einerseits die Klärschlämme sauber entsorgen. Andererseits kommen sie der Pflicht zum Phosphorrecycling schon Jahre vor dem Stichtag 2029 bzw. 2032 nach. Wir gehen derzeit davon aus, dass wir 2022 den Betrieb aufnehmen können“, erläutert Dr. Stephan Nahrath, Geschäftsführer Westfalen Weser Energie, die Pläne. Das Unternehmen sichert bei Bedarf schon ab 2020/21 für die Kommunen Entsorgungssicherheit zu. Dafür stehen als Übergangslösung alternative Verwertungswege zur Verfügung.

Klärschlammverwertung mit direktem Phosphorrecycling geplant

Gedacht ist an eine thermische Klärschlammverwertungsanlage und direkt angeschlossenen Phosphorrecycling aus den entstehenden Aschen. Bei dieser Methode können neben dem Phosphor auch weitere vermarktbare Produkte wie Metallsalze und Gips gewonnen werden.

Es soll ein optimaler Standort für die Anlage gefunden werden, der auch außerhalb der Region liegen kann. Dennoch sollen für alle Beteiligten die Transportkosten einheitlich sein. Durch die Kopplung von Klärschlammverbrennung und Phosphorrecycling



ergeben sich auch handfeste finanzielle Vorteile. „Die Kosten für die Aschedeponierung inklusive Transport entfallen. Gleichzeitig können Materialfluss und Anlagenabstimmung optimiert werden“, so Dr. Nahrath. Damit bietet sich den Kommunen im Raum Westfalen/Weser eine attraktive Lösung, die weiteren Interessenten offen steht.

Rund 60% der deutschen Phosphorimporte könnten durch konsequentes Recycling aus Klärschlamm vermieden und die negativen Einträge in unsere Bäche und Flüsse weiter reduziert werden. Auch ein zweites aktuelles Umweltproblem wird durch die geplante Vorgehensweise angefasst. Denn Mikroplastik belastet zunehmend den Klärschlamm und die Verteilung auf Felder ist schädlich. Eine thermische Verwertung hingegen entsorgt das Mikroplastik sicher.

Die WWE-Gruppe erweitert mit diesem Angebot an ihre Konzessionsgeber und andere Kommunen erneut ihr Portfolio und wird immer mehr zum Infrastrukturdienstleister für Städte und Gemeinden in der Region. Auch überregional haben bereits erste Gespräche mit möglichen Kooperationspartnern stattgefunden, die angesichts der Problematik großes Interesse zeigten.

Westfalen Weser Energie GmbH

Seit Juli 2013 hat die Region mit der Westfalen Weser Energie GmbH & Co. KG einen rein kommunalen Energiedienstleister. 54 Städte und Gemeinden sind an dem Unternehmen beteiligt. Über 20 weitere Kommunen sind Konzessionsgeber des regionalen Dienstleisters. Das operative Geschäft liegt in den beiden Tochterunternehmen, der Westfalen Weser Netz GmbH und der Energieservice Westfalen Weser GmbH. Bestehende und zukünftige Beteiligungen sowie Dienstleistungen sind in der Westfalen Weser Beteiligungen GmbH gebündelt.

Westfalen Weser Energie

ZUKUNFT GESTALTEN – PHOSPHOR FOR FUTURE

Die Frage nach der Klärschlamm Entsorgung aus der Abwasseraufbereitung bereitet Kommunen mehr und mehr Sorgen. Westfalen Weser Energie hat eine innovative Antwort gefunden. Wir wollen in einer thermischen Verwertungsanlage Klärschlämme für die Kommunen entsorgen. Besonderer Clou des Projekts: Die sofortige Rückgewinnung von Phosphor aus der Klärschlamm-Asche. So werden der lebenswichtige Nährstoff und weitere Produkte gewonnen sowie Mikroplastik entsorgt. Damit bieten wir den Kommunen in der Region Westfalen/Weser eine attraktive Lösung.

Gemeinsam Energie bewegen.